67. Jahrgang. № 187

Montag, 9. Juli 1923

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zutragung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 19 000,—. Einzelnummer M. 700,—, Sonntagsausgabe M. 1000,—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 30 mm breite Zeile M. 1500,—, außerhalb Sachsens M. 1800,—. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt M. 700,—, außerhalb M. 1000,—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Senkingherde
ESCH-Dauerbrandöfen
Alleinverkauf:
Chr. Garms Inhaber: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernspr. 16262 Nähe Postplatz
Fachgeschäft für transportable Herde und Öfen

Die Kunsthandlung P. Rusch, Sidonienstr. 27 (nahe Hauptbf.)
Tel. 16279
kauft
Gemälde
alter und neuer Meister

Brautausstattungen
Einzelmöbel in allen Preislagen
27 Kamenzer Straße Straßenbahnl. 5
J. A. BRUNO KÖNIG
Kamenzer Straße 27 Telephon 22667

Deutschland wird zur Entschädigung für Duisburg gezwungen!

Ein völlig rechtswidriger Raubbeschluß der Rheinlandkommission. — 63 000 Franken sind aus den Einnahmen des Reiches zu „entnehmen". — Die planmäßige Aushungerung des Ruhrgebiets. — Englisch-amerikanische Offensive gegen den Frankenkurs. — Der Saarbeschluß des Völkerbundsrats.

Der Raubbeschluß der Rheinlandkommission.

Paris, 8. Juli. Havas meldet aus Koblenz: **Die Rheinlandkommission hat gestern beschlossen, der belgisch-französischen Eisenbahnregie eine vorläufige Entschädigung für den Eisenbahnunfall auf der Hochfelder Brücke in Höhe von 63 000 Franken zuzusprechen, die aus den Einnahmen des Deutschen Reiches zu entnehmenden Mitteln geleistet werden sollen.**

Hierzu bemerkt W. T. B.: Der Eisenbahnunfall bei Duisburg ist ein Vorkommnis, das nur unter den durch den rechtswidrigen französisch-belgischen Einbruch geschaffenen Verhältnissen möglich war. Die Eisenbahnbrücke steht unter Bewachung durch französisches und belgisches Militär. Den deutschen Behörden ist durch systematische Fernhaltung und Auflösung der Sicherheitsorgane eine Bewachung unmöglich gemacht worden. Die deutsche Regierung kann daher, selbst wenn, was durchaus noch nicht einwandfrei erwiesen ist, es sich um ein Attentat handeln würde, auf keinen Fall für die daraus entstandenen Kosten haftbar gemacht werden. Der Rheinlandkommission fehlt daher jeder Rechtstitel für ihr Vorgehen. (W. T. B.)

Sie rauben auch ohne Kommissionsbeschluß.

Paris, 7. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf hat die belgische Besatzungsbehörde in der Reichsbankfiliale in Duisburg 4 Milliarden Mark „beschlagnahmt", um die Geldbuße von 30 Milliarden zu decken, die der Stadt nach dem Eisenbahnunglück an der Hochfelder Brücke auferlegt worden war. (W. T. B.)

Regierungspräsident Grützner über die drohende Ernährungskatastrophe.

Elberfeld, 7. Juli. Ein von dem Regierungspräsidenten Grützner aus Anlaß der Absperrung des Ruhrgebietes an den päpstlichen Delegaten Msgr. Testa in Essen gerichtetes Telegramm besagt u. a.:

Die Abschnürungsmaßnahmen der französischen und belgischen Truppen seit 4. Juli 1923 rücken im Einbruchsgebiet eine Ernährungskatastrophe größten Umfanges in nächst greifbare Nähe. Trotz wiederholter feierlicher schriftlich und mündlich mir gegenüber abgegebenen Erklärungen der Generale Degoutte und Denvignes, über das Ruhrgebiet keine Hungerblockade zu verhängen, greifen ihnen unterstellte Organe der Militär- und Zivilverwaltung dauernd weitgehend in die deutsche Zufuhr von Lebensmitteln ein. Ich unterlasse absichtlich die Aufstellung der zahllosen Eingriffe in die Einfuhr von Kartoffeln, Fetten, billigem Gemüse, die Beschlagnahme der Zuckervorräte der rheinischen und der Ruhrbevölkerung, sowie Eingriffe in das Bankwesen, verweise jedoch besonders auf die Beschlagnahme der letzten Kartoffelvorräte bei der Bevölkerung von Duisburg durch den dortigen General. Die von den Besatzungsbehörden zugesicherte ungehinderte Zufuhr und ungehinderte Einreise und Ausreise von Lebensmittelhändlern steht auf dem Papier, sogar Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes ist der Zutritt zum Ruhreinbruchsgebiet kaum möglich. **Die Zahl still sterbender Opfer dieses nicht gehaltenen Versprechens des Generals Degoutte oder seines Unvermögens, seine Befehle bei den Unterstellen durchzusetzen, mehrt sich stündlich und täglich, besonders in der Kinderwelt.** Die Bevölkerung des Einbruchsgebietes, besonders die katholische, bittet Sie durch mich, zu veranlassen, dieses Verhalten zum Gegenstand raschester und weitgehendster Einflußnahme bei der Besatzung zu machen, insbesondere staatlichen und städtischen Beamten ungehinderte Einreise und Ausreise in Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung sofort zu erwirken. 10 Millionen Menschen erhoffen den Erfolg Ihres Schrittes.

Die Feier des Verfassungstages — ein „Rhein- und Ruhrtag".

Berlin, 7. Juli. Der Reichstag hat das Gesetz über die Feiertage nicht mehr verabschiedet. Infolge von Meinungsverschiedenheiten besonders über den 1. Mai und den Herbst-Bußtag wurde die Verabschiedung des Gesetzes vorläufig zurückgestellt. Die Aufschiebung trifft formell auch die Festsetzung des Verfassungstages als Nationalfeiertag. Nachdem aber die Regierungsvorlage in der Schlußabstimmung des Reichsrats von den Ländern einstimmig angenommen worden ist und in diesem Punkte auch die Zustimmung des Reichstages gesichert erscheint, **wird der Verfassungstag in Fortbildung der Uebung der beiden letzten Jahre auch in diesem Jahre festlich begangen werden.** Wegen der Beteiligung der Länder ist die Reichsregierung mit den Landesregierungen bereits in Verbindung getreten. **Die Feier soll in diesem Jahre mit einem „Rhein- und Ruhrtag" verbunden werden, um den Gefühlen der Geschlossenheit Deutschlands, des Dankes an die leidenden Mitbrüder und des festen Entschlusses der Erhaltung von Rhein und Ruhr für unser Vaterland im Zusammenhange mit dem allgemeinen Bekenntnis zum Staate und seiner Verfassung starken Ausdruck zu geben.**

„Die englisch-amerikanische Offensive gegen den Frankenkurs."

Französische Stimmen.

Paris, 7. Juli. „Ere Nouvelle" beurteilt die Lage wie folgt: Die französisch-englischen Verhandlungen, auf die von gewissen Seiten immer noch unwahrscheinliche Hoffnungen gesetzt werden, erscheinen mehr und mehr als auf dem Wege zum Bruche. Das englische Kabinett hat uns gegenüber eine aggressive Haltung eingenommen. **Die Offensive ist für den Augenblick auf finanziellem Gebiete erkennbar. Der Franken hat einen schweren Schlag erlitten, der wahrscheinlich nicht der letzte sein wird. Wer hat das Zeichen zum Angriff gegeben? Zweifellos das Londoner Schatzamt im Einvernehmen mit Washington. Die Angelsachsen scheinen beunruhigt über unsere imperialistisch gefärbten Pläne und entschlossen, den Angelpunkt unserer Politik, d. h. unsere Währung, zu zerstören.**

„L'Oeuvre" stellt fest, daß der Frank gestern auf seinen tiefsten Stand, den er je gehabt hat, gefallen sei. Man habe in Börsenkreisen die Notwendigkeit hervorgehoben, daß man Frankreich begreiflich machen müsse, wie unzuträglich es sei, sich mit England zu entzweien. Die Tatsache der Offensive gegen den belgischen und gegen den französischen Franken lasse darauf schließen, daß man im übrigen mit Recht annehme, die Pression gegen Belgien könne noch wirksamer sein, als die gegen Frankreich. Das Blatt erinnert daran, daß, während gestern das Pfund Sterling auf 78½ und der Dollar auf 17¼ standen, bei Poincarés Regierungsantritt das Pfund Sterling auf 50 und der Dollar auf 12 Franken gestanden hätten.

Englands Entschlossenheit.

Drei britische Premierminister haben es unmöglich gefunden, mit Poincaré zusammenzuarbeiten.

London, 8. Juli. Garwin schreibt im „Observer": England habe länger gewartet, als es die Vernunft rechtfertige. **Die Spannung zwischen London und Paris habe nicht nachgelassen.** Die nächsten zehn Tage würden wahrscheinlich über das Schicksal der vor zwanzig Jahren gegründeten Entente entscheiden. **Drei britische Premierminister hätten es fast unmöglich gefunden, mit Poincaré zusammenzuarbeiten. Poincaré scheine eher Neigung zu haben, der Entente ein Ende zu bereiten, als seine Formeln abzuändern.** Poincarés Ehrenhaftigkeit stehe außer Frage. Wenn er es aber nicht für möglich halte, den wichtigsten Interessen Englands angemessene Zugeständnisse zu machen, so werde England nichts anderes übrig bleiben, als seine volle Handlungsfreiheit in auswärtigen Angelegenheiten wieder in Anspruch zu nehmen. Die Engländer seien stets zu Kompromissen geneigt. **Wenn aber der Augenblick komme, da sie einsehen, daß ihre Bemühungen um eine Verständigung vergeblich seien, dann faßten sie ihren Beschluß und führten ihn aus ohne rückwärts zu blicken. (W. T. B.)**

Die Pariser Presse zu der Herausforderung des Berliner Botschafters.

Paris, 8. Juli. Die Morgenblätter begnügen sich in der Mehrzahl damit, die kritischen Kommentare ihrer Berliner Berichterstatter zu dem Schritt der diplomatischen Vertreter Belgiens und Frankreichs in der Sabotagefrage wiederzugeben. So spricht der „Matin" von einer seltenen Anmaßung des deutschen Ministers des Aeußeren. Es sei klar, daß Herr v. Rosenberg nicht eine derartige Sprache führen würde, wenn seine Beziehungen zu London ihm nicht Grund gäben, einige Hoffnung auf die englische Regierung zu setzen. Da man eine nur zu gerechtfertigte Aufforderung nach Berlin geschickt habe, so sei es klar, daß man sich nicht mit einer ausweichenden Antwort (!) begnügen könne. Als man diese Aufforderung formuliert habe, habe man sicher wohl auch „Maßnahmen vorgesehen", die im Weigerungsfalle getroffen werden sollen. — „Journal" stellt vor allem **den verfehlten Charakter dieses belgisch-französischen Schrittes in Berlin** fest. Würde man sich mit irgendeiner vagen Erklärung begnügen, dann brauchte man sich nicht erst die Mühe zu machen. Eine Fortsetzung der Verhandlungen wäre weit schlimmer, denn man würde Gefahr laufen, in eine Debatte verwickelt zu werden, die man nicht fortsetzen könne, bevor Deutschland kapituliert habe.

Gustave Hervé glaubt in der „Victoire" die Angelegenheit dahin auslegen zu müssen, daß sie den englisch-französischen Gegensatz nur verschärfe.

Befriedigung des Vatikans über die Berliner Verhandlungen.

Rom, 8. Juli. Der Vertreter des W. T. B. ist in der Lage, mitzuteilen, daß das von der Reichsregierung über die Unterredung des Reichskanzlers mit dem Nuntius Pacelli herausgegebene Communiqué im Vatikan mit **großer Befriedigung aufgenommen worden ist. (wtb.)**

Der Reichstag über die wertbeständigen Löhne

Die Schlußsitzung vor den Ferien.

Im weiteren Verlaufe der letzten Sitzung des Reichstages vor den Ferien wurden zur Beratung gestellt ein sozialdemokratischer Gesetzentwurf zum **Schutze der Währung**, der den Ankauf fremder Zahlungsmittel oder Edelmetalle ohne berechtigten wirtschaftlichen Bedarf unter schwere Strafe stellen will, ein sozialdemokratischer Antrag über die **Wertbeständigkeit der Löhne**, der die Lohnfestsetzung auf Grund eines Lohnindex verlangt, und der Antrag Marx (Z.), der ebenfalls die Anpassung der Gehälter und Löhne an die Geldentwertung fordert, aber die Einzelheiten des Anpassungsverfahrens der Einigung zwischen den Vertragsparteien überlassen will. Abg. **Wissell** (Soz.) **behauptet**, daß auch die neue Devisenordnung von der Wirtschaft wieder geradezu sabotiert werde. 15 Millionen Goldmark betrage unsere tägliche Einfuhr und trotzdem würden an einem Tage an der Börse für 100 Millionen Goldmark Devisen gefordert. (Hört! hört! links.) Bei den wertbeständigen Löhnen handle es sich nur um eine Uebergangsmaßnahme, bis eine wirkliche Stabilisierung eintrete.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes

erklärt **im Namen der Reichsregierung, daß diese dem Grundgedanken des sozialdemokratischen und des Zentrumsantrages bezüglich der Wertbeständigkeit der Löhne zustimme.** Die Lösung der Frage, auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werden kann, wird nur auf dem Wege eines Einverständnisses zwischen Reich und Ländern einerseits und Arbeitnehmern und Arbeitgebern anderseits gefunden werden können. Es muß eine Meßziffer gefunden werden, die der Lohnberechnung zugrunde zu legen ist. Darüber, wie die Mängel einer rein schematischen Anpassung an den Lebenshaltungsindex vermieden werden können, sind bereits Verhandlungen eingeleitet worden. Es wird zu prüfen sein, ob diese Aufgabe der Prüfung für die Staatsbediensteten nicht durch eine ständige Lohnprüfungskommission erfolgen kann.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

erklärt namens der Reichsregierung, diese halte es für erforderlich, daß eine schnellere und bessere Anpassung der Löhne an die Teuerungsverhältnisse erfolge, als es bisher möglich war. Das gelte für den Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, wie für die der Privatbetriebe. Der beste Weg ist und bleibt die tarifliche Vereinbarung, weil sie schnellste Regelung zuläßt und die wünschenswerte Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der einzelnen Industriezweige gewährleistet. **Die Regierung sieht ihre Aufgabe darin, einerseits eine brauchbare und zuverlässige Bemessungszulage für die Markbewertung zu liefern, und anderseits ihre Anwendung durch die Beteiligten auf die Löhne in jeder Weise zu fördern.** Der erste wöchentliche Lebenshaltungsindex ist bereits vor einigen Tagen erschienen. Das Arbeitsministerium arbeitet mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der weiteren Ausgestaltung und Verbesserung des Index. Ueber die Anwendung des Index habe ich versucht, eine Einigung unter den beiderseitigen Spitzenverbänden herbeizuführen. Es würde verfehlt sein, die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern schon jetzt als aussichtslos oder gescheitert zu betrachten. Beide Teile sind über das Ziel einig, und in der Methode kann ich die gegensätzlichen Ansichten nicht als unüberbrückbar ansehen. Die Arbeitgeberseite hat sich auch ausdrücklich für schnelle Fortsetzung der Verhandlungen zur Verfügung gestellt. Für die nächste Aufgabe der Reichsregierung halte ich es, mit allen Mitteln auf eine Verständigung der Beteiligten hinzuwirken. **Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, die die Klausel der Wertbeständigkeit der Löhne enthalten, ist übrigens heute bereits möglich.** Sollte der Weg der Verständigung versagen, dann müßte allerdings der Weg einer **gesetzlichen Regelung** in Frage kommen.

Für die Invaliden- und Angestelltenversicherung ist eine gewisse wertbeständige Gestaltung der Beiträge und Leistungen durch das vom Reichstag beschlossene Gesetz bereits vorbereitet. Die Ausführungsverordnung wird baldigst zustande kommen. Im allgemeinen wird eine Aenderung für einen kürzeren Zeitraum als einen Monat aus verwaltungstechnischen Gründen auf diesem Gebiete nicht möglich sein. In der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden schon jetzt die Geldbeträge in demselben Verhältnis erhöht wie die Beamtengehälter.

Abg. **Lambach** (D.-Nat.) gibt namens seiner Fraktion eine Erklärung ab, wonach eine schnellere Anpassung der Gehälter und Löhne nur durch Verhandlungen der Beteiligten erfolgen könne. Den Antrag des Zentrums werde die Fraktion annehmen. — Abg. **Keinath** (Dem.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag Marx. — Abg. Dr. **Rießer** (D. Vp.) stimmt gleichfalls dem Antrag Marx zu und beantragt, den Entwurf zum Schutze der Währung an den Rechtsausschuß zu überweisen. — Abg. **Frölich** (Komm.) unterstützt den sozialdemokratischen Antrag.

Damit schließt die Aussprache. Der sozialdemokratische Gesetzentwurf zum Schutze der Währung geht an den Rechtsausschuß. Der sozialdemokratische Antrag über die Wertbeständigkeit der Löhne wird [illegible]